

Auszug aus den Tätigkeitsberichten

Bericht über die
Aussenbeziehungen

—

2017



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung : das Wesentliche 2017	6
1.1	Allgemeine Tendenzen der föderalistischen Zusammenarbeit	6
1.2	Schwerpunkte im Jahr 2017 für den Kanton	7
1.2.1	Eidgenossenschaft	7
1.2.2	Interkantonal	7
1.2.3	International	7
2	Regierungstätigkeit	8
2.1	Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	8
2.2	ch Stiftung	8
2.3	Direktorenkonferenzen	9
2.4	Interkantonale Vereinbarungen in Ausarbeitung, Verhandlung oder im Ratifikationsprozess	11
2.5	Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	12
2.6	Bilaterale Treffen zwischen Regierungen	13
2.7	Beziehungen zu den Freiburger Nationalräten und Ständeräten und zu den Bundesbehörden	13
2.8	Vernehmlassungen des Bundes	13
2.9	Imagewerbung für den Kanton Freiburg	17
3	Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	18
3.1	Interkantonale Zusammenarbeit	18
3.1.1	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	18
3.1.2	Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)	18
3.1.3	Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) und Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK)	18
3.2	Schüleraustausch	19
3.2.1	Allgemeines	19
3.2.2	12. partnersprachliches Schuljahr (ZPS)	19
3.2.3	Schüler- und Klassenaustausche (SAKA)	19
3.2.4	Ferien-Einzel-Austausch (FEA-EIV-SIV)	20
3.2.5	Movetia	20
3.2.6	Hauptstadtregion Schweiz (HSR-CH)	20
3.3	Interkantonales Gymnasium der Region Broye (GYB)	20
3.3.1	Die Schule in Kürze	20
3.3.2	Schülerinnen und Schüler	21
3.3.3	Allgemeiner Schulbetrieb	21

3.4	Nachwuchsförderung	21
4	Sicherheits- und Justizdirektion	22
4.1	Interkantonale Zusammenarbeit	22
4.1.1	Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	22
4.1.2	Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF)	22
4.1.3	Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD)	22
5	Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft	22
5.1	Interkantonale Zusammenarbeit	22
5.1.1	Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)	22
5.1.2	Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL)	23
5.1.3	Tripartite Konferenz	23
6	Volkswirtschaftsdirektion	23
6.1	Interkantonale Zusammenarbeit	23
6.1.1	Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)	23
6.1.2	Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)	23
6.1.3	Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)	24
6.1.4	Regierungsausschuss der HES-SO	24
6.2	Greater Geneva Berne area (GGBa)	24
6.3	Neue Regionalpolitik	24
7	Direktion für Gesundheit und Soziales	24
7.1	Interkantonale Zusammenarbeit (auf Ebene der Direktion)	24
7.1.1	Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	24
7.1.2	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)	25
7.1.3	Conférence Latine des Affaires Sanitaires et Sociales (CLASS)	25
8	Finanzdirektion	25
8.1	Interkantonale Zusammenarbeit	25
8.1.1	Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren	25
8.1.2	Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz	26
8.1.3	Conférence romande de la loterie et des jeux	26
8.1.4	Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriesgesetz	26
8.2	Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen	26
9	Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	27
9.1	Interkantonale Zusammenarbeit	27
9.1.1	Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)	27
9.1.2	Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)	27
9.1.3	Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO)	27

9.1.4	Westschweizer Baudirektorenkonferenz (CRTP)	27
9.1.5	Westschweizer Konferenz für das öffentliche Beschaffungswesen (CROMP)	28
9.1.6	Fachkonferenz öffentliches Beschaffungswesen (FöB)	28
9.1.7	Vorstand von simap.ch (Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz)	28
10	Staatskanzlei	28
10.1	Staatschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone	28
10.2	Aussenbeziehungen	28
10.2.1	Hauptstadtregion Schweiz (HRS)	28
10.2.2	Europäische Integration und internationale Beziehungen	29
A1	Tätigkeitsfelder/Aufgaben – Sektor Aussenbeziehungen, Staatskanzlei – 2017	30

1 Einführung : das Wesentliche 2017

1.1 Allgemeine Tendenzen der föderalistischen Zusammenarbeit

Die in den letzten Jahren festgestellten Trends zum Zustand der föderalistischen Zusammenarbeit zwischen Bund und den Kantonen haben immer noch ihre Gültigkeit. Die Resultate des *Monitoringberichts Föderalismus 2014–2016* der ch Stiftung bestätigen diese Beobachtung.

Die *Mitwirkung der Kantone bei der Rechtsetzung* des Bundes hat weiterhin Verbesserungspotential. Die Position der Kantone als konstituierender Teil der Eidgenossenschaft und primäre Vollzugsträger des Bundesrechts hat im Grunde genommen ein besonderes Gewicht. Der Einbezug der Kantone in den Entscheidungsprozess des Bundes funktioniert aber nicht immer wie gewünscht. Die Kantone müssen immer wieder darauf hinweisen, dass sie als Partner im Bundesstaat gemäss Bundesverfassung rechtzeitig in den Entscheidungsprozess des Bundes und in die Erarbeitung von Gesetzesvorlagen einzubeziehen sind, die sie betreffen. Der frühzeitige Einbezug kantonaler Experten in die Arbeitsgruppen, in welchen die Gesetzesvorlagen erarbeitet werden, ist zentral. Ebenso wichtig ist, dass die Haltung der Kantone im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren besonders berücksichtigt wird, insbesondere wenn die konsultierte Vorlage Auswirkungen auf die personellen, organisatorischen und finanziellen Ressourcen der Kantone nach sich zieht.

Auch der *Trend zur Zentralisierung* hält an. Wenn die Festsetzung von neuen Regeln notwendig ist, wird oft eine einheitliche Lösung gesucht. Der Bund nimmt auch vermehrt Grundsatzgesetzgebungskompetenzen für sich in Anspruch (z. B. bei Raumplanung, Jagd, Wald). Die Kantone stellen zudem fest, dass immer mehr Detailregelungen auf Verordnungsstufe eingeführt werden. Harmonisierungen und Zentralisierungen sollten jedoch nur Vorrang haben, wo dies wirklich nötig ist. Die Kantone sollten nicht in die Rolle von Vollzugsorganen zurückgedrängt werden in Politikbereichen, in denen der Bund lediglich für den Erlass von Grundsätzen zuständig wäre. Eine zentralisierende Wirkung haben auch die Koordination zwischen den Kantonen und die interkantonale Rechtsvereinheitlichung über Konkordate. In diesem Zusammenhang stellt man aber auch einen politischen Druck zur Harmonisierung fest, ansonsten eine Bundesregelung droht (z. B. in der Sozialhilfe oder bei der Regulierung privater Sicherheitsfirmen).

Die *Übertragung von finanziellen und personellen Lasten* gehört zu den ungelösten Problemen, die von den Kantonen regelmässig angeführt werden, wenn sie Vorlagen des Bundes beurteilen. Mit der Zunahme der Regulierungsdichte auf Bundesebene entstehen für die Kantone sowohl im übertragenen Wirkungsbereich (Vollzug von Bundesrecht) als auch im eigenen Zuständigkeitsbereich (Berücksichtigung und Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Ziel- und Programmbestimmungen) Aufwände personeller und finanzieller Art. Die sich aus neuen Umsetzungsaufgaben ergebenden Lasten für die Kantone werden vom Bund sehr häufig nur ungenügend im Rahmen der Evaluation der Folgen neuer Regulierungen ermittelt und berücksichtigt.

Es können jedoch auch einige Massnahmen hervorgehoben werden, die diesen Tendenzen entgegenwirken sollen. Ein neuer Artikel wurde 2016 in die Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) aufgenommen, der die Bundesverwaltung verpflichtet, die Kantone bereits bei der Erarbeitung eines Vorentwurfs im Bereich des Vollzugs einzubeziehen, wenn das Vorhaben wesentliche Interessen der Kantone berührt. Die Berücksichtigung der kantonalen Positionen betreffend, bedeuten der *föderalistische Dialog* – im Bereich der Innenpolitik – sowie der Europadialog – punkto europapolitischer Fragen – einen Fortschritt. Sie haben sich als institutionalisierte Treffen etabliert und ermöglichen den Kantonen, in direktem Austausch mit dem Bundesrat, ihre Ansichten und Positionen geltend zu machen. Des Weiteren hat das Bundesparlament kürzlich zwei parlamentarische Initiativen gutgeheissen, die verlangen, dass die Botschaften des Bundesrats jeweils einen Abschnitt beinhalten sollen, der die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips beim vorgelegten legislativen Text thematisiert. Die Problematik der Lastenverschiebungen und der Aufgabenteilung wird im Rahmen der anstehenden neuen Runde der Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Kantonen behandelt werden.

1.2 Schwerpunkte im Jahr 2017 für den Kanton

1.2.1 Eidgenossenschaft

Der Staatsrat hat im Jahr 2017 auf über 120 Vernehmlassungen des Bundes oder der Kantone geantwortet und hat entsprechende Schritte eingeleitet, um die Interessen des Kantons in den für ihn vordringlichen Geschäften des Bundes zu fördern. Die Sensibilisierung der freiburgischen National- und Ständeräte durch den Staatsrat und die Übermittlung gemeinsamer Stellungnahmen oder Argumentarien an die Entscheidungsinstanzen (Parlament, Bundesrat) via interkantonale Konferenzen sind die üblichsten Mittel, die zu diesem Zweck eingesetzt werden.

Die Entwicklung des Dossiers der Reform der Unternehmenssteuer (Steuervorlage 17) wurde aufmerksam verfolgt und seine Dringlichkeit unterstrichen. Die Steuervorlage, wie auch die Neuüberprüfung des Systems des Finanzausgleichs, für die 2017 kantonale Vorschläge vorgebracht wurden, werden den Kanton weiterhin beschäftigen und stehen 2018 im Vordergrund. Die ersten Analysen zur Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wurden durchgeführt und sollen – sobald die Arbeiten an den zwei vorangegangenen Dossiers abgeschlossen sind – in einer gründlichen Prüfung münden. Die Freiburger Parlamentsmitglieder wurden ebenfalls zu verschiedenen Vorlagen im Bereich des Verkehrs sensibilisiert. Verschiedene Freiburger Projekte wurden für den Ausbauschnitt 2030 des Strategischen Entwicklungsprogramms Bahninfrastruktur (STEP) vom Bundesrat berücksichtigt. Sie werden 2018 im Bundesparlament behandelt. Die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI 2017–2020) ist ein weiteres vorrangiges Dossier, das 2017 im Sinne der Freiburger Position entschieden wurde. Die eidgenössischen Kammern haben die geplanten Erhöhungen im Bereich BFI genehmigt. Im Zusammenhang mit dem Entzug des Mandats von Billag AG zur Erhebung der Radio- und Fernsehgebühren traf eine Delegation des Staatsrats in Begleitung von Freiburger Bundesparlamentariern die UVEK-Vorsteherin. Ein Arbeitstreffen zwischen dem Staatsrat und der EJPD-Vorsteherin fand 2017 ebenfalls statt.

1.2.2 Interkantonal

Die nationalen und regionalen Fachdirektorenkonferenzen behandeln natürlich auch die sektoriellen Dossiers. Sie können eigene Sensibilisierungsmassnahmen ergreifen und manchmal ein Dossier auf die Regierungsebene bringen, also eine Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) oder der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) erwirken. Dossiers der Europapolitik werden typischerweise auf Regierungsebene behandelt. So wurden die Arbeiten der KdK im Jahr 2017 durch die Umsetzung von Artikel 121a BV (Masseneinwanderung) gekennzeichnet. Die Ausarbeitung der Integrationsagenda, einer gemeinsamen Initiative des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, war ein weiteres umfangreiches Projekt des vergangenen Jahres. Ziel dieser Initiative ist, die Integrationsanstrengungen zu optimieren und die Vergütung der damit verbundenen Kosten anzupassen. Die Kantone waren über die KdK, die EDK (Bildung) und die SODK (soziale Angelegenheiten) in die Arbeiten einbezogen. Auf Ebene der Westschweiz wurden 2017 namentlich der Unterricht der Landessprachen, die Schweizer Wiederbeteiligung an den europäischen Forschungs- (Horizon 2020) und Mobilitätsprogrammen (Erasmus), die Situation der Westschweizer Presse und der BFI-Kredit vorrangig und gemeinsam behandelt.

Bei der bilateralen Zusammenarbeit haben Treffen mit den Regierungen der Kantone Neuenburg, Wallis und Genf ermöglicht, die gemeinsamen Dossiers, namentlich im Bereich des Strafvollzugs (Austausch von Haftplätzen), die Kandidatur für die olympischen Spiele Sion2026, die Steuervorlage 17, die Umstrukturierung der Unité territoriale 2 zum Strassenunterhalt der Nationalstrassen der Kantone Freiburg, Genf und Waadt und das Bahninfrastrukturprojekt STEP AS 2030/35 des Bundes zu behandeln.

1.2.3 International

Gezielte Tätigkeiten auf internationaler Ebene wurden durchgeführt, vor allem bei der Verfolgung des Europadossiers und der Fortsetzung und Intensivierung der Partnerschaften mit China, Brasilien und der französischen Region Grand-Est, die das Elsass umfasst. Mehrere internationale Delegationen wurden in Freiburg empfangen, darunter namentlich eine Delegation der Region Moskau, die sich für die Ausbildung und die Produktion im Milchsektor interessierte, und eine Delegation französischer Journalisten, die von Präsenz Schweiz eingeladen wurde und sich über den Schweizer Föderalismus informierte.

2 Regierungstätigkeit

Der Volkswirtschaftsdirektor trägt die politische Verantwortung für die Koordinierung der Aussenbeziehungen, mit dem Finanzdirektor als Stellvertreter. Konkret vertritt er den Staatsrat in der Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und bei der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK). Die Staatskanzlerin ist seit Januar 2016 im Vorstand und im Rat der ch Stiftung. Der Staatsrat hat sich im Bereich Aussenbeziehungen vor allem folgende Ziele gesetzt:

- > Freiburg spielt aktiv die Rolle des Brückenkantons zwischen der Westschweiz und dem Rest der Schweiz.
- > Freiburg wirkt aktiv an der KdK und an den nationalen Konferenzen mit, um einen Beitrag zu einem lebendigen und ausgewogenen Föderalismus zu leisten.
- > Freiburg positioniert sich als starker Kanton in einer starken Westschweiz.
- > Freiburg leistet einen grossen Beitrag zur Existenz und zur Vitalität der Hauptstadtregion Schweiz, der vierten Metropolitanregion in der Schweiz, und engagiert sich mit den übrigen Partnerkantonen für konkrete Projekte.
- > Freiburg vertieft seine Beziehungen zu den Nachbarkantonen, aber auch zu anderen interessierten Regionen weiter.
- > Freiburg bemüht sich, seine Kompetenzen und Werte national und international vermehrt zu betonen.

2.1 Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt 2017 vier Plenarversammlungen ab. Mehrere Reformpakete prägten die Arbeit der KdK in der Innenpolitik: das neue Projekt zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Steuerprojekt 17), die Revision des interkantonalen Finanzausgleichs und die Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Die Kantonsregierungen begrüsst die Ausrichtung des Steuerprojekts 17. Sie betonten die Dringlichkeit des Dossiers und forderten, dass der Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer hoch angesetzt werde, wie dies im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III vorgeschlagen wurde. Dem Bund wurden Vorschläge zur Änderung des Mechanismus beim Finanzausgleich unterbreitet, und es wurden kantonale Vertreter für die Arbeitsgruppe, die sich mit den weiterführenden Arbeiten beschäftigt, bestimmt. Zu einer nächsten Etappe der Aufgabenentflechtung wurden Überlegungen angestellt; sie werden 2018 fortgeführt. Ausserdem haben die KdK und die beteiligten kantonalen Direktorenkonferenzen mit dem Bund eine «Agenda Integration Schweiz» verhandelt. Sie haben ein gemeinsames Vorgehen festgelegt, um die Integration anerkannter Flüchtlinge und vorläufig aufgenommener Personen zu verbessern und die Finanzierung der Massnahmen in den Gemeinden, den Kantonen und beim Bund zu regeln.

Weiter behandelte die KdK folgende bedeutenden Dossiers der Innenpolitik: Abstimmungsempfehlung für die Ablehnung der Volksinitiative «No Billag», Vernehmlassung zur Schaffung eines interkantonalen Konkordats für eine Versicherung gegen Erdbebenrisiken sowie Begleitung der Bundesparlamentsdebatten über das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 und das Geldspielgesetz.

In der Europapolitik hat die KdK zu den Vorschlägen des Bundesrates für einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «RASA – Raus aus der Sackgasse!» Stellung bezogen. Die Kantonsregierungen haben auch die Verordnungsentwürfe zur Umsetzung des Verfassungsartikels über die Lenkung der Einwanderung (Art. 121a BV) geprüft. Die Kantone sind für eine etappenweise Einführung der Pflicht, freie Stellen zu melden, zumal zahlreiche Fragen zur Ausführung, namentlich die Finanzierung der Umsetzung, noch nicht geregelt wurden.

Die 5. Nationale Föderalismuskonferenz – gemeinsam organisiert vom Kanton Waadt als Gastgeber, von der KdK, vom Bundesrat und vom Büro des Ständerats – fand am 26./27. Oktober 2017 in Montreux statt. Sie vereinte Vertreter aller staatlichen Ebenen und Vertreter der Wissenschaft für eine Bilanz des schweizerischen Föderalismus.

2.2 ch Stiftung

Die Stiftung wurde von den 26 Kantonen gegründet, die alle im Stiftungsrat vertreten sind. Die Stiftung spielt eine Rolle bei der Koordination unter den Mitgliedern, fördert den Föderalismus und sorgt für die Erhaltung der Vielfalt

der Sprachen und Kulturen in der Schweiz. Sie führt ebenfalls das Sekretariat der KdK und das Haus der Kantone in Bern, das die Sekretariate mehrerer interkantonalen Konferenzen beherbergt. Die Staatskanzlerin ist Mitglied des Stiftungsrats. Sie ist ebenfalls Mitglied des Leitungsausschusses, der zweimal im Jahr zusammentritt.

Die Neuorganisation der ch Stiftung und die Prüfung ihrer Tätigkeit standen im Zentrum der Arbeiten des Jahres 2017. Am Ende des Mandats des Bundes für die Förderung des Austauschs und der Mobilität stellte die ch Stiftung Überlegungen zu ihrer künftigen Ausrichtung an. Föderalismus, Verständigung und Zusammenhalt in der Schweiz sowie Dienstleistungen für die Kantone werden die wichtigsten Themen dieser Institution sein. Ihr Sekretariat ist von Solothurn ins Haus der Kantone in Bern umgezogen; dabei wurde der Personalbestand verringert, weil quasi die gesamte Tätigkeit im Bereich Mobilität und Austausch wegfiel.

2.3 Direktorenkonferenzen

Der Staatsrat engagiert sich in den Strukturen, aber auch in den Tätigkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen. So wirken alle Mitglieder des Staatsrats in den Direktorenkonferenzen auf Landesebene mit. Die Direktorin für Gesundheit und Soziales ist Vizepräsidentin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). Der Staatsrat ist auch stark bei Regionalkonferenzen, namentlich in der Westschweiz, engagiert. Der Finanzdirektor ist Präsident der Lateinischen Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FIDK) und der Confédération romande de la loterie et des jeux (CRLJ). Jede Direktion informiert in ihrem Bericht über die laufenden interkantonalen Tätigkeiten in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Direktorenkonferenzen (Stand am 31.12.2017)

Direktorenkonferenzen auf nationaler Ebene, in denen der Kanton Freiburg vertreten ist	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK)	GS-Direktorin	Vizepräsidentin
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	EKS-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)	ILF-Direktorin	Vorstandsmitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	GS-Direktorin	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK)	FIN-Direktor	Vorstandsmitglied
ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	Staatskanzlerin	Mitglied Leitender Ausschuss
Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK)	EKS-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	SJ-Direktor	Mitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK)	SJ-Direktor	Mitglied
Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL)	ILF-Direktorin	Mitglied
Tripartite Konferenz (TK)	ILF-Direktorin	Mitglied
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)	VW-Direktor	Mitglied
Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegelgesetz (FDKL)	FIN-Direktor und SJ-Direktor	Mitglieder
Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)	RUB-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)	RUB-Direktor	Mitglied
Schweizerische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Mitglied

Schweizerische Regionalkonferenzen (Stand am 31.12.2017)

Schweizerische Regionalkonferenzen, in denen der Kanton Freiburg vertreten ist	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweiz, Berns und des Tessins (CLDF)	FIN-Direktor	Präsident

Schweizerische Regionalkonferenzen, in denen der Kanton Freiburg vertreten ist	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Conférence romande de la loterie et des jeux (CRLJ)	FIN-Direktor	Präsident
Regierungsausschuss FH-WS	VW-Direktor	Vizepräsident
Hauptstadtregion Schweiz	VW-Direktor	Vorstandsmitglied
Lateinische Konferenz der kantonalen Militär- und Bevölkerungsschutzdirektorinnen und -direktoren (CLAMPP)	SJ-Direktor	Mitglied
Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)	EKS-Direktor	Mitglied
Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)	EKS-Direktor	Mitglied
Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK)	EKS-Direktor	Mitglied
Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP)	SJ-Direktor	Mitglied
Konferenz der Militärdirektoren der Westschweiz	SJ-Direktor	Mitglied
Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	VW-Direktor	Mitglied
Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz (VDK-WS)	VW-Direktor	Mitglied
Öffentlicher Beirat EOSH	VW-Direktor	Mitglied
Greater Geneva Berne Area (GGBa)	VW-Direktor	Mitglied
Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz (CLASS)	GS-Direktorin	Mitglied
Lateinische Konferenz der in Asyl- und Migrationsfragen zuständigen Departementsvorsteher (CLDAM)	GS-Direktorin und SJ-Direktor	Mitglieder
Konferenz der Bau-, Raumplanungs- und Umweltdirektoren der Westschweiz und der lateinischen Schweiz (CDTAPSOL)	RUB-Direktor	Mitglied
Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO)	RUB-Direktor	Mitglied
Lateinische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Mitglied

Präsiden und Vizepräsidenten, die von Kadern der Kantonsverwaltung ausgeübt werden (Stand am 31.12.2017)

Direktion	Verantwortliche/r	Funktion	Organ
EKSD	Generalsekretär	Präsident	Kommission der Departementssekretäre (DSK) der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)
EKSD	Generalsekretär	Präsident	Verwaltungskommission (COGEST) der Interkantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)
EKSD	Vorsteher FOA	Präsident	Kommission zur Koordination und zur Aufsicht über den Bildungsauftrag der Direktorinnen und Direktoren der Bildungseinrichtungen (FORDIF; betrifft nur die französischsprachige Schweiz)
EKSD	Rektorin PH	Präsidentin	Conseil Académique des HEP Romandes (CAHR)
EKSD	Rektorin PH	Präsidentin	Delegation Diversity swissuniversities
EKSD	Vorsteher SpA	Präsident	Konferenz der kantonalen Sportbeauftragten (KKS; Fachkonferenz der EDK)
EKSD	Vorsteher ABBA	Präsident	Interkantonale Stipendien-Konferenz (IKSK; Fachkonferenz der EDK)
EKSD	Vizektor Universität	Präsident	CUSO, Koordinations- und Verwaltungskommission
EKSD	Vorsteher KA	Vizepräsident	Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten KBK-Westschweiz
EKSD	Generalsekretär	Vizepräsident	Schweizerische Konferenz der Departementssekretäre der kantonalen Erziehungsdepartemente (KDS)
EKSD	Rektorin Universität	Vizepräsidentin	Kammer Universitäre Hochschulen swissuniversities
EKSD	Rektorin Universität	Vizepräsidentin	Delegation Hochschulpolitische Strategie und Koordination swissuniversities
EKSD	Vizektor Universität	Vizepräsident	Delegation Lehre swissuniversities

Direktion	Verantwortliche/r	Funktion	Organ
SJD	Direktor ASS	Präsident	Lateinische Konferenz der Vorsteher der Ämter für Strassenverkehr und Schifffahrt
SJD	Vorsteher BMA	Präsident	Konferenz der Vorsteher der kantonalen Ämter für Migration der lateinischen Schweiz
SJD	Chef der Region Nord der Gendarmerie	Präsident	Gruppierung Hooli RBT (Kampf gegen den Hooliganismus)
SJD	Chef Gendarmerie Pol	Präsident	Interkantonale Fachgruppe AMOK 2.0
SJD	Direktor ASS	Vizepräsident	Vereinigung der Schifffahrtsämter (VKS)
ILFD	wissenschaftlicher Berater LwA	Präsident	Interkantonale Zertifizierungsstelle (OIC)
ILFD	Chefin Bildungszentrum Hauswirtschaft, Milch, Lebensmitteltechnologie	Präsidentin	Milchwirtschaftlicher Beratungsdienst CASEi
ILFD	Technischer Sachbearbeiter	Präsident	Schweizerische Vereinigung für ländliche Entwicklung suisse melio
ILFD	Kantonstierarzt, Chef LSVW	Vizepräsident	Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte
VWD	Chef StatA	Präsident	Konferenz der regionalen statistischen Ämter der französischen und italienischen Schweiz (CORT)
VWD	Chef BBA	Präsident	Westschweizer und Tessiner Konferenz für nachobligatorischen Unterricht
GSD	stellvertretende Vorsteherin KSA	Präsident	Asylkoordinatoren der lateinischen Schweiz
GSD	Koordinator OHG/KSA	Präsident	Vorstand der regionalen Konferenz der OHG-Verbindungsstellen für die Westschweiz
GSD	Leiterin GFB	Kopräsidentin	Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewalt
GSD	Chef KSA	Vizepräsident	Vorstand der ARTIAS (Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale)
FIND	Vorsteher POA	alternierendes Präsidium	Lateinische Konferenz der Personalchefs (Bund, Westschweizer Kantone, Bern, Tessin)
RUBD	Vorsteherin des Bau- und Raumplanungsamts	Präsidentin	Schweizerische Kantonsplanerkonferenz (KPK)
RUBD	Vorsteherin des Bau- und Raumplanungsamts	Präsidentin	Conférence des offices romands d'aménagement du territoire (CORAT)

2.4 Interkantonale Vereinbarungen in Ausarbeitung, Verhandlung oder im Ratifikationsprozess

Zurzeit werden in diesen Direktorenkonferenzen 8 interkantonale Vereinbarungen ausgearbeitet und verhandelt oder den Kantonsparlamenten zur Genehmigung unterbreitet; sie gelten grösstenteils für das ganze Land.

Interkantonale Vereinbarungen in Ausarbeitung, Verhandlung oder im Ratifikationsprozess

(Stand: 31.12.2017)

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktorenkonferenz	Stand am 31.12.17
1	Interkantonale Universitätsvereinbarung (Totalrevision)	Unbekannt	Alle Kantone	EKSD	EDK	Vernehmlassung 1.8.2017 bis 31.1.2018

Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktoren- konferenz	Stand am 31.12.17
2 Revision des Konkordats vom 24. März 2005 über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher aus den Westschweizer Kantonen (und teilweise aus dem Kanton Tessin)	01.04.2018	FR, GE, NE, JE, VD, VS, TI	SJD	KKJPD	Beitritt FR: 14.10.2015.
3 Vereinbarung über die Loterie Romande (C-LoRo) vom 18. November 2005	Zweite Vernehmlassung 2018 vorgesehen	West-schweizer Kantone	SJD	-	In Verhandlung
4 Interkantonale Vereinbarung über Überwachung, Bewilligung und Gewinnverteilung der Lotterien CILP	Zweite Vernehmlassung 2018 vorgesehen	West-schweizer Kantone	SJD	-	In Verhandlung
5 Fusionsprojekt Murten (FR) – Clavaleyres (BE) – Gebietsänderungskonkordat	01.01.2021	FR, BE	ILFD	-	In Verhandlung.
6 Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (WFV)	Unbekannt (nach Beitritt von 18 Kantonen)	Alle Kantone	GSD	GDK	Gesetz und Botschaft zum Beitritt in Vorbereitung.
7 Revision der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	Unbekannt	Alle Kantone	RUBD	BPUK	Antwort des Staatsrats auf die Vernehmlassung zur Revision : 23.12.2014.
8 Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz auf dem Gebiet der Kantone Freiburg und Waadt sowie der Republik und des Kantons Genf (Vereinbarung SIERA)	01.01.2019	GE, VD, FR	RUBD	-	Der Entwurf der Vereinbarung wird demnächst der interparlamentarischen Kommission zur weiteren Behandlung übergeben werden können

2.5 Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)

Der Vorstand der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) trat 2017 dreimal zusammen. Der Kanton Genf hatte das Präsidium inne.

Mit Stellungnahmen zuhanden der Mitglieder des Bundesrats und des Bundesparlaments haben die Mitglieder der WRK versucht, ihre Interessen geltend zu machen und die Beratungen und Entscheide in den Dossiers, die für die Region von besonderer Bedeutung sind, zu beeinflussen.

So hat die WRK 2017 zu folgenden Dossiers Stellung genommen: Steuerprojekt 17, in Absprache mit der Lateinischen Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren, Geldspielgesetz, Stabilisierungsprogramm 2017–2019 und Förderung der internationalen Mobilität im Bereich Bildung.

Die WRK übermittelte zudem den Standpunkt der Westschweizer Regierungen mit Medienmitteilungen, namentlich zur Volksinitiative «No Billag», zum Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) und zur Unternehmenssteuerreform (USR III). Mit Blick auf die eidgenössische Abstimmung über die USR III wurde eine gemeinsame Medienkonferenz mit der Lateinischen Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren und der Konferenz der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorinnen und Volkswirtschaftsdirektoren abgehalten.

2.6 Bilaterale Treffen zwischen Regierungen

Die Zusammenarbeit zwischen Regierungen auf bilateraler Ebene wird durch regelmässige Treffen mit den Regierungen der Nachbarkantone Bern, Neuenburg, Waadt und Wallis gekennzeichnet. Erstmals stand auch ein Arbeitstreffen mit dem Staatsrat des Kantons Genf auf dem Programm.

Es fand am 27. Juni 2017 im Adolphe-Merkle-Institut in Freiburg statt. Treffen dieser Art drücken den Willen des Freiburger Staatsrats, mit den Kollegen jedes Westschweizer Kantons mindestens einmal pro Legislaturperiode zusammenzukommen, aus. Beim Treffen mit dem Genfer Staatsrat wurden mehrere Themen der Kantonspolitik behandelt: aktive Bodenpolitik, Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens in den jeweiligen Kantonen sowie Auswirkungen der Straffreiheit bei Sozialhilfebetrug und Ergänzungsleistungen. Die beiden Regierungen tauschten ihre Ansichten und Erfahrungen zu diesen Bereichen und Herausforderungen aus. Der Austausch ermöglichte auch eine Bilanz des Fortschritts gewisser aktueller Bundesdossiers, namentlich des strategischen Entwicklungsprogramms Bahninfrastruktur und des Steuerprojekts 17.

Bei den Diskussionen am 29. August 2017 mit dem Walliser Staatsrat konnten die beiden Regierungen verschiedene Zusammenarbeitsprojekte und einige Dossiers aus der Bundespolitik prüfen. Die beiden Kantone äusserten sich bei dieser Gelegenheit zu den nächsten Etappen der Olympiakandidatur «Sion 2026». Die Situation der Seilbahnen, die Prävention gegen Erdbebengefahren und die Umsetzung einer neuen Zusammenarbeit im Straf- und Massnahmenvollzug kamen ebenfalls zur Sprache. Schliesslich wurden beim Treffen gewisse aktuelle Bundesdossiers erläutert, so z. B. das System des Finanzausgleichs, die Realisierung des Steuerprojekts 17 und seine Umsetzung in den Kantonen, ein Revisionsentwurf über die Konzessionsgebühren für die Wasserkraft, der für die Bergregionen von grosser Bedeutung ist, und der Vollausbau des Lötschbergtunnels im Rahmen des Ausbaus der Bahninfrastruktur 2030–2035 (STEP).

Beim Treffen vom 8. November 2017 mit dem Staatsrat des Kantons Neuenburg wurde ein besonderes Gewicht auf die Mobilität auf der Schiene und namentlich auf das strategische Entwicklungsprogramm (STEP) des Bundes gelegt. Die beiden Regierungen befassten sich zudem mit weiteren Bundesdossiers, so etwa mit der Neuorganisation des Bundesasylwesens und dem Steuerprojekt 17, und tauschten ihre Erfahrungen beim Langsamverkehr aus.

2.7 Beziehungen zu den Freiburger Nationalräten und Ständeräten und zu den Bundesbehörden

An den vier Treffen zwischen dem Staatsrat und den Freiburger Nationalräten und Ständeräten während des Jahres 2017 konnten die vordringlichen Dossiers für den Kanton, namentlich die Unternehmenssteuerreform, der Finanzausgleich des Bundes, das Stabilisierungsprogramm 2017–2019, die Förderung der Bildung, der Forschung und der Innovation und der Entzug des Mandats von Billag AG für die Erhebung der Radio- und Fernseh-Empfangsgebühren, aufmerksam geprüft werden.

2.8 Vernehmlassungen des Bundes

Der Staatsrat hat auf über 120 Vernehmlassungsverfahren des Parlaments und des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen und verschiedener Konferenzen kantonaler Departementsvorsteher geantwortet.

Titel	Konsultierendes Organ
Änderung der Transplantationsverordnung	EDI
Änderung von Verordnungen im Veterinärbereich	EDI
Revisionen der Chemikalienverordnung und der Biozidprodukteverordnung	EDI
Revision des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)	EDI
Änderung der Verordnung über die Festlegung und die Anpassung von Tarifstrukturen in der Krankenversicherung (TARMED)	EDI
Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV)	EDI
Änderung des AHVG (Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule und Optimierung in der 2. Säule der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge)	EDI
Ausführungsrecht zum Krebsregistrierungsgesetz vom 18. März 2016; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens	EDI
Änderung der Verordnung über die Militärversicherung (MVV); Krankenversicherungsprämie in der Militärversicherung	EDI
Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) – Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte (gemischte Methode)	EDI
Änderung verschiedener Verordnungen im Bereich Tiergesundheit	EDI
Verordnung über die Reform der Altersvorsorge 2020	EDI
Änderung von Anhang 1 der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)	EDI
Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung. Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung	EDI
Revision des Verordnungsrechts im Nachgang zur Revision des Heilmittelgesetzes (Heilmittelverordnungspaket IV)	EDI
Revision der Verordnung des EDI über das elektronische Patientendossier: Einführung der elektronischen Austauschformate	EDI
Änderung der Verordnung über die Unfallverhütung (VUV)	EDI
Änderungen der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV), Ambulant vor Stationär	EDI
Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Zulassung von Leistungserbringern)	EDI
Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs). Teilkraftsetzung von Änderungen des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015	EJPD
Vorentwurf für das Bundesgesetz über die Totalrevision des Datenschutzgesetzes und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz	EJPD
Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Adoption); Inkrafttreten des neuen Rechts	EJPD
Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit)	EJPD
Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz)	EJPD
Entwürfe der Ausführungserlasse zum totalrevidierten Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs	EJPD
Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	EJPD
Sachplan Asyl (SPA)	EJPD
Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen und der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern	EJPD
Ordnungsbussenverordnung	EJPD
Projekt Erneuerung Pass: Gestaltungsvarianten	EJPD
Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2016 (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen)	EJPD
Teilrevision der Verordnung über die Erfindungspatente (Patentverordnung, PatV)	EJPD

Titel	Konsultierendes Organ
Genehmigung des Übereinkommens des Europarats vom 3. Juli 2016 über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen	EJPD
Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten»	EJPD
Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll und Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität	EJPD
Sachplan Asyl SPA - Art. 20 RPV	EJPD
Umsetzung der Vorlage zur Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs)	EJPD
Verordnung über die Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen (Inkassohilfeverordnung, InkHV)	EJPD
Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Richtlinie 91/477/EWG); (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	EJPD
Sachplan Militär 2017	VBS
Verordnung über den Nachrichtendienst; Verordnung über die Informations- und Speichersysteme des Nachrichtendienstes des Bundes	VBS
Verordnung über die Aufsicht über nachrichtendienstliche Tätigkeiten	VBS
Teilrevision Sportförderungsverordnung, Verordnung des VBS über die Sportförderungsprogramme und -projekte, Verordnung des BASPO über «Jugend und Sport»	VBS
Verordnung über die Waffen-, Schiess- und Übungsplätze (VWS)	VBS
Sachplan Militär 2017: Programmteil	VBS
Übernahme und Umsetzung der EU-Verordnung (EU) 2016/1624 über die europäische Grenz- und Küstenwache (Schengen-Weiterentwicklung)	EFD
Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019	EFD
Revision der Mehrwertsteuerverordnung	EFD
Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019	EFD
Änderung der Liquiditätsverordnung (LiqV)	EFD
Teilrevision des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG)	EFD
Änderung der Finanzmarktinfrastrukturverordnung (Austausch von Sicherheiten)	EFD
Änderung des Bankengesetzes und der Bankenverordnung (Fintech)	EFD
Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten	EFD
Änderung der Eigenmittelverordnung (Leverage Ratio und Risikoverteilung)	EFD
Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA	EFD
Verordnung über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (Schwerverkehrsabgabeverordnung, SVAV)	EFD
Teilrevision des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) (Aufhebung der Umtauschfrist von Banknoten)	EFD
Bundesgesetz über die Berechnung des Beteiligungsabzugs bei Too-big-to-fail-Instrumenten	EFD
Totalrevision des Bundesgesetzes über die Nationalstrassenabgabe	EFD
Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (VStG)	EFD
Totalrevision der Liegenschaftskostenverordnung	EFD
Bundesbeschlüsse über die Genehmigung der Abkommen mit Singapur und Hongkong über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten ab 2018/2019	EFD
Steuervorlage 17 (SV17)	EFD
Totalrevision der EFD-Quellensteuerverordnung	EFD

Titel	Konsultierendes Organ
Verordnungspaket Umwelt Herbst 2017	UVEK
Informelle Konsultation zur Wegleitung "Grundsätze für den Fernverkehr"	UVEK
Gesuch um wirtschaftlichen Übergang der Konzession von Radio Yes FM	UVEK
Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050: Änderungen auf Verordnungsstufe	UVEK
Teilrevision der Radio und Fernsehverordnung (RTVV)	UVEK
Sachplan Verkehr – Teil Infrastruktur Strasse	UVEK
Teilrevision der Schwerverkehrsabgabeverordnung, der Nationalstrassenverordnung, der Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer im Strassenverkehr und der Durchgangsstrassenverordnung	UVEK
Konzept für den Gütertransport auf der Schiene	UVEK
Verordnungspaket Umwelt Frühling 2018	UVEK
Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030)	UVEK
Zweite Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes	UVEK
Totalrevision der Verordnung über den Notfallschutz in der Umgebung von Kernanlagen (Notfallschutzverordnung [NFSV])	UVEK
Revision der Führerausweissvorschriften OPERA-3	UVEK
Revision des Wasserrechtsgesetzes: Wasserzinsregelung nach 2019	UVEK
Teilrevision des Bundesgesetzes über die Enteignung (EntG)	UVEK
Konzept für den Gütertransport auf der Schiene: Zweite Anhörung nach Artikel 20 der Raumplanungsverordnung	UVEK
Totalrevision Verordnung zum Arbeitszeitgesetz	UVEK
Ausbauschritt der Bahninfrastruktur 2030/35 (AS 2030/35)	UVEK
Elfte ordentliche WTO-Ministerkonferenz vom 10. – 13. Dezember 2017 in Buenos Aires: Verhandlungsmandat für die Schweizer Verhandlungsdelegation	WBF
Verordnung des WBF über gefährlich Arbeiten für Jugendliche	WBF
Umsetzung des WTO-Beschlusses zum Ausfuhrwettbewerb	WBF
Totalrevision der Verordnung des WBF über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (MiVo-HF; SR 412.101.61)	WBF
Erlass der Gasgeräteverordnung	WBF
Erlass der Verordnung über die Sicherheit von persönlichen Schutzausrüstungen (PSA-Verordnung)	WBF
Änderung der Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	WBF
Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2017	WBF
Änderung der Verordnung über die Berufsbildung (BBV)	WBF
Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz – Sonderbestimmungen für die Tierarztpraxen und Tierkliniken (Art. 21 ArGV 2)	WBF
Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum	WBF
Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus	WBF
Anpassung des Anhangs zur Verordnung über die Meldestelle für lebenswichtige Humanarzneimittel	WBF
Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Bearbeitung von Personendaten im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten	EDA
Bundesgesetz über die Unterstützung der nationalen Menschenrechtsinstitution	EDA
Parlamentarische Initiative. Modifizierung von Artikel 53 StGB	RK-N
Beurkundung des Personenstands und Grundbuch	RK-N

Titel	Konsultierendes Organ
13.426 Parlamentarische Initiative. Stillschweigende Verlängerung von Dienstleistungsverträgen. Mehr Informationen und Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten	RK-N
13.407 Parlamentarische Initiative Reynard. Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung	RK-N
15.410 Pa.Iv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen	KWA-N
Wiederherstellung der Souveränität der Kantone bei Wahlfragen. Änderung der Bundesverfassung	SPK-S
15.468 Pa.Iv. «Stärkung der Selbstverantwortung im KVG»	SGK-N
Umsetzung der Pa.Iv. 15.456 Reimann vom 18. Juni 2015 «Heraufsetzung der periodischen vertrauensärztlichen Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer vom 70. auf das 75. Altersjahr»	KVF-N
Länderexamen im Rahmen der OECD-Konvention zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger (Phase 4)	KdK
Direkten Gegenentwurf zur RASA-Initiative: Entwurf einer gemeinsamen Stellungnahme	KdK
Dritte allgemeine Überprüfung der Menschenrechtsslage in der Schweiz (UPR) vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen: Konsultation der Kantone zum Berichtsentwurf des Bundesrates	KdK
Verhandlungsmandat für die Aushandlung eines Freihandelsabkommens zwischen den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und den Staaten des Gemeinsamen Marktes des Südens (MERCOSUR)	KdK
Optimierung des Finanzausgleichs Bund – Kantone: Schlussbericht und Antrag	KdK
Monitoringbericht Föderalismus 2014 -2016 – Vernehmlassung zum Berichtsentwurf	KdK
Notifikationspflicht unter dem Dienstleistungsabkommen GATS der WTO: Periode 01.08.2013 bis 31.05.2017	KdK
Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2016 (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen)	KdK
Bundesgesetz über die Unterstützung der nationalen Menschenrechtsinstitution: Stellungnahme der KdK	KdK
Motion 13.3363 "Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen"	KdK
Interkantonales Konkordat Obligatorische Erdbebenversicherung (IKEV)	KdK
Europapolitik: Staatsbeihilfen – Konsultation im Hinblick auf einen Positionsbezug der Kantone	KdK
Geldspielkonkordat	FDKL
Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen	FDK
Entwurf der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS)	KKJPD

2.9 Imagewerbung für den Kanton Freiburg

Der Verein «Fribourgissima Image Fribourg», Organ zur Förderung des Images von Freiburg ausserhalb des Kantons, entstand im Dezember 2013 auf Anstoss des Staatsrats und führt seither die Bekanntheitskampagne «Freiburg macht glücklich». 2017 tritt ein neuer Partner, die Stadt Freiburg, dem Verein bei, so dass die Zahl der Partner bei dieser öffentlich-privaten Partnerschaft auf 14 Mitglieder steigt. Der Staat Freiburg stellt die Hälfte der Finanzierung des Vereins «Fribourgissima Image Fribourg» sicher. Das Sekretariat des Vereins wird von einer Mitarbeiterin, die ihr Büro bei der Staatskanzlei hat, sichergestellt und leistet die organisatorische und logistische Unterstützung, die es für den Erfolg des Projekts unbedingt braucht: Organisation der Arbeitssitzungen, Koordination der Arbeit, Umsetzung der Entscheide, Buchhaltung und Finanzhaushalt. Der Exekutivausschuss, der von der Staatskanzlerin, Danielle Gagnaux-Morel, präsidiert wird, konkretisiert das Jahresprogramm und setzt es um. Er trat sieben Mal zusammen und verfolgte die Strategie und die Ziele des Vereins weiter. Im Jahr 2017, dem ersten Jahr des erneuerten Auftrags für den Zeitraum 2017-2019, wurden einige Massnahmen konkret umgesetzt. Der Verein hat sich namentlich bei der Organisation des Gordon-Bennett-Cups im Ballonfahren, der im September im Kanton Freiburg stattfand, eingesetzt. Er hat zum ersten Mal mit dem Murten-Lichtfestival nach Zürich, wo im Rahmen eines

gemeinsamen Projekts beim Festival Illuminarium (16. November bis 31. Dezember 2017) eine Riesenlaterne ausgestellt wurde. Im vierten Tätigkeitsjahr des Vereins konnten schöne Herausforderungen bewältigt und gleichzeitig die Austauschplattform um die Bekanntheitskampagne angereichert werden. Der Einsatz der Partner und deren Absicht, sich zusammen zu tun, um das Image des Kantons Freiburg zu fördern, nimmt ständig zu und wird immer intensiver.

3 Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

3.1 Interkantonale Zusammenarbeit

Die EKSD nimmt an den interkantonalen Konferenzen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport teil. Kooperationsbereiche, die nur eine Unterrichtsstufe oder ein Amt betreffen (insbesondere Interkantonales Gymnasium der Region Broye, interkantonale Universitätsvereinbarung, Schweizerische Hochschulkonferenz, Universitätskonferenz der Westschweiz CUSO), werden im Tätigkeitsbericht 2017 in den Abschnitten der betreffenden Ämter behandelt. Ausführlicher erläutert werden die drei nachfolgenden Konferenzen, da diese eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit betreffen.

3.1.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Jahr 2017 behandelte die EDK an drei ordentlichen Plenarversammlungen unter anderem folgende Themen und Projekte: Sprachenunterricht, Förderung von Austausch und Mobilität, Föderation von Identitätsdiensten für den Bildungsraum Schweiz, Informatik am Gymnasium, Strategie 2017–2020 der pädagogischen Hochschulen, Revision des Anerkennungsreglements für Lehrdiplome, Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus, Messung der Erreichung der Grundkompetenzen.

Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht und das Internetportal der Konferenz verwiesen: www.edk.ch/.

Der Direktor der EKSD ist Mitglied der Plenarversammlung und seit dem 1. Januar 2016 auch des Vorstands der EDK. Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers des Direktors der EKSD für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Vizepräsident der Konferenz der Departementssekretäre und präsidiert die Kommission der Departementssekretäre. Er sitzt ebenfalls im Projektausschuss für die Föderation von Identitätsdiensten für den Bildungsraum Schweiz (Projekt FIDES) und vertritt zusammen mit seinem Zürcher Kollegen die Kantone im «Koordinationsausschuss Digitalisierung in der Bildung».

3.1.2 Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)

Im Jahr 2017 behandelte die CIIP an vier Versammlungen unter anderem folgende Themen und Projekte: Westschweizer Lehrmittel, Aufgaben und Leistungen des Westschweizer Bibliotheksverbundes RERO ab 2017, Swiss Library Service Plattform (SLSP), Unterricht zur Informatik und Digitalgesellschaft. Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht und das Internetportal der Konferenz verwiesen: www.ciip.ch/.

Der Direktor der EKSD ist Mitglied der Plenarversammlung der CIIP. Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers des Direktors der EKSD für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Konferenz der Generalsekretäre und präsidiert zudem die Verwaltungskommission der CIIP.

3.1.3 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) und Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK)

Im Laufe des Jahres 2011 delegierte die NW EDK, ebenso wie die übrigen deutschsprachigen Regionalkonferenzen der EDK, einen grossen Teil ihrer Aufgaben an die neue D-EDK, insbesondere die Arbeiten in Zusammenhang mit der Vereinheitlichung der Lehrpläne (konkret den Lehrplan 21), die Koordination der Lehrmittel und die Entwicklung von Vergleichsprüfungen und Beurteilungsinstrumenten. Die NW EDK befasste sich mit regionalspezifischen

Themen, insbesondere mit dem Regionalen Schulabkommen (RSA). Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht und das Internetportal der Konferenz verwiesen: www.d-edk.ch/.

Der Direktor der EKSD ist Mitglied der Plenarversammlung der NW EDK und der D-EDK. Der Generalsekretär der EKSD ist Mitglied der Departementssekretärenkonferenz der D-EDK, wohingegen der Vorsteher des Amts für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA) in der Sekretärenkommission der NW EDK Einsitz hat.

3.2 Schüleraustausch

3.2.1 Allgemeines

Die von der Schweizerischen Stiftung für die Förderung von Austausch und Mobilität (SFAM/FPPEM/FPSM) getragene Schweizer Agentur für Austausch und Mobilität Movetia (www.movetia.ch) hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Koordinator für Schüleraustausche hat sich an den von Schul- und Berufsberatungsdiensten organisierten Anlässen im Kanton Freiburg und in der Schweiz beteiligt, um Werbung und Informationen über die verschiedenen Austauschprogramme zu vermitteln.

3.2.2 12. partnersprachliches Schuljahr (ZPS)

Im Schuljahr 2016/17 wurden 204 Schülerinnen und Schüler für das 12. partnersprachige Schuljahr schweizweit vermittelt. Das Verhältnis von Deutschsprachigen (53) und Französischsprachigen (151) ist immer noch unausgeglichen. Die Zuteilung bleibt daher eine organisatorische Herausforderung. 30 Schülerinnen und Schüler wählten zudem einen gegenseitigen Austausch (Variante 2). 82 Schülerinnen und Schüler wählten die Variante 1 (tägliche Heimkehr), hingegen kamen 92 Schülerinnen und Schüler in einer Gastfamilie unter (Variante 3). Der Mangel an Gastfamilien für die Schülerinnen und Schüler stellt weiterhin ein Problem dar.

(Französischsprachiger Kantonsteil = FRF, Deutschfreiburg = FRD, Deutschschweiz = DCH)

	Schülerzahl – 2016/17	Schülerzahl – 2017/18
FRF -> Tessin	0	0
FRD -> Tessin	0	0
FRF -> Deutschschweiz	88	98
FRF -> FRD	57	45
FRD -> Westschweiz	23	15
DCH -> Romandie	36	29
Mädchen insgesamt	128	111
Knaben insgesamt	76	76
Total	204	187

3.2.3 Schüler- und Klassenaustausche (SAKA)

Im Schuljahr 2016/17 haben 235 Klassen mit 5200 Schülerinnen und Schülern an verschiedenen Austauschformen teilgenommen.

Die Koordinationsstelle erfasste im Schuljahr 2016/17 gesamthaft für den Kanton Freiburg 5422 gemeldete Austausche von Klassen, Schülerinnen und Schülern, alle Schulstufen und Austauschformen zusammengenommen.

Für den Kanton Freiburg: Französischsprachiger Kantonsteil = FRF, Deutschfreiburg = FRD

Schülerzahl 2016/17	FRF	FRD	CH	Ausland
Kindergarten (0 classes & 0 Klassen)	0	0	0	0
Primarstufe (KA) (6 classes & 2 Klassen)	104	51	0	0
Sekundarstufe 1 (34 classes & 7 Klassen)	859	132	0	0
Sekundarstufe 1 (10 ^H) (127 classes)	2928	984		
Sekundarstufe 2 (KA) (12 classes & 4 Klassen)	50	67	0	0
einseitiger Empfang auswärtiger Klassen (nicht aus FR) (EKA) (2 classes - 0 Klassen)	25	0	0	0

Schülerzahl 2016/17	FRF	FRD	CH	Ausland
Einzel-Sprachaustausch S2 (ESA)	11	0	0	0
12. partnersprachliches Schuljahr (ZPS)	146	21	37	0
12. partnersprachliches Schuljahr im anspruchsvolleren Typ (FR-ZPS)	0	0	0	0
Ferien-Einzel-Austausch (FEA-EIV-SIV)	7	0	161	0
Total	4130	1255	37	0

3.2.4 Ferien-Einzel-Austausch (FEA-EIV-SIV)

Am 1. Januar 2017 wurde dieses Programm vollumfänglich von Movetia übernommen, welche dazu eine neue Plattform für alle Kantone bereitgestellt hat. Die vollständige Statistik 2016/17 für die Schweiz und jeden Kanton wird Movetia im Frühjahr 2018 offiziell veröffentlichen. Für die gesamte Schweiz wurden 234 Anmeldungen erfasst und 161 wurden vermittelt (Teilstatistik Sommer 2017).

Für den Kanton Freiburg: Französischsprachiger Kantonsteil = FRF, Deutschfreiburg = FRD

Vermittelte	Schülerzahl 2016/17
Schweiz (26 Kantone)	161
FRF -> Tessin	0
FRF -> Deutschschweiz	7
FRD -> Westschweiz	5
Total Kanton FR	7

3.2.5 Movetia

Die kantonalen Austauschverantwortlichen (KAV) standen erneut in engem Kontakt mit Movetia, insbesondere zur Verteilung von Dokumentationsmaterialien über Sprachaustausche und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene. Die europäischen Austauschprogramme sind zum Teil immer noch blockiert, aber Movetia sucht in Zusammenarbeit mit den betreffenden Bundesämtern nach Lösungsmöglichkeiten.

3.2.6 Hauptstadtregion Schweiz (HSR-CH)

Die in den vergangenen Jahren erfolgten Klassenaustausche «Sprachbad – Immersion» in der Hauptstadtregion Schweiz werden weitergeführt. Die logistische Unterstützung bleibt beim Forum der Zweisprachigkeit in Biel und wird finanziell von der HSR-CH mit einem jährlichen festgesetzten Beitrag unterstützt. Mit dem Projekt ergänzt und stärkt die Hauptstadtregion Schweiz Aktivitäten, die bereits auf kantonaler oder kommunaler Ebene stattfinden und fördert gezielt den gemeinde- und kantonsübergreifenden Austausch zwischen Bern, Wallis, Freiburg, Solothurn und Neuenburg.

3.3 Interkantonales Gymnasium der Region Broye (GYB)

3.3.1 Die Schule in Kürze

Die Besonderheit des GYB besteht darin, dass es sowohl Schülerinnen und Schüler aus der Freiburger wie auch aus der Waadtländer Broye aufnimmt.

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), Vollzeit-Handelsschule mit Berufsmaturität Ausrichtung Wirtschaft und Dienstleistungen (Modell 3+1), Fachmittelschule, Fachmaturität (Bereiche Gesundheit und Soziales-Pädagogik).

Schülerbestand: insgesamt 1199 (davon 6 Austauschschülerinnen und Austauschschüler)
 Lehrpersonen: 114 Lehrpersonen (92,2 Vollpensen)
 Direktor: Thierry Maire
 Adresse: Rue du Gymnase 1, Payerne

3.3.2 Schülerinnen und Schüler

3.3.2.1 Schülerzahlen

	2016/17		2017/18		Klassen	
	FR	VD	FR	VD	2016/17	2017/18
Gymnasium	368	296	394	308	30	32
FMS (*)	174	208	185	238	16	18
Kaufm. Berufsmaturität, Ausrichtung Wirtschaft und Dienstleistungen	9	16	2	15	1	1
Fachmaturität	29	23	30	21	3	3
Total	580	543	611	582	50	54

(*)FMS = Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Soziales-Pädagogik) und Handelsschule.

Der Anteil der Schülerinnen beträgt 64 %.

3.3.2.2 Ausbildungsabschlüsse

- > Gymnasiale Maturität: 164 von 172 Kandidatinnen und Kandidaten haben ihren Maturitätsausweis erhalten.
- > Fachmittelschulabschluss: 74 von 85 Kandidatinnen und Kandidaten haben ihren Fachmittelschulabschluss erhalten.
- > Berufsmaturität (Ausrichtung Wirtschaft und Dienstleistungen): 24 von 25 Kandidatinnen und Kandidaten haben ihren Ausweis erhalten.
- > Fachmaturität: alle 44 Kandidatinnen und Kandidaten haben bestanden.

3.3.3 Allgemeiner Schulbetrieb

3.3.3.1 Interkantonale Organe

Der Aufsichtsrat des GYB ist für die Oberaufsicht der Schule und einen guten Schulbetrieb verantwortlich. Im Jahr 2017 hatte der Freiburger Staatsrat und Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektor Jean-Pierre Siggen das Präsidium inne.

Die interparlamentarische Aufsichtskommission besteht aus 7 Waadtländer und 7 Freiburger Grossratsmitgliedern. Im Jahr 2017 hatte eine Freiburger Grossrätin den Vorsitz.

Die beratende Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern der lokalen Behörden, Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern sowie Lehrpersonen.

3.3.3.2 Lehrpersonen

Die Zahl der angestellten Lehrpersonen hat, entsprechend der steigenden Schülerzahlen, leicht zugenommen. Die Schülerzahlen sind dieses Jahr erheblich gestiegen (+70 Schüler/innen); dies bestätigt den stetigen Aufwärtstrend gemäss einer demografischen Studie von 2013.

3.3.3.3 Tätigkeit und besondere Ereignisse

Die kulturellen Anlässe und Ereignisse des Schuljahres werden auf der Website des GYB (www.gyb.ch) präsentiert.

3.3.3.4 Zweisprachigkeit

Zu Schuljahresbeginn 2017 zählte die zweisprachige Abteilung 207 Schülerinnen und Schüler (Maturitätsschule: 164, Handels- und Fachmittelschule: 43).

3.4 Nachwuchsförderung

Die Förderung junger Freiburger Sporttalente erfolgt in Form von Beratung, Stundenplan-Anpassungen, finanzieller Unterstützung (LoRo-Sport und/oder kantonaler Sportfonds), Koordination mit den Schulbehörden und Sportverbänden sowie über das SKA-Förderprogramm.

Dank der tatkräftigen und professionellen Unterstützung der Sportverbände konnten die bereits bestehenden Projekte mit neuen ergänzt werden. 2017 haben dank der immer gezielteren Massnahmen rund 386 (370) junge Sporttalente

oder talentierte Kunstschaffende von Stundenplan-Anpassungen profitiert, damit sie ihre sportliche oder künstlerische Laufbahn mit der schulischen Ausbildung vereinbaren können.

4 Sicherheits- und Justizdirektion

4.1 Interkantonale Zusammenarbeit

4.1.1 Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die Konferenz tagte 2017 zweimal. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

- > Harmonisierung der Polizeiiinformatik;
- > Harmonisierung der Informatik der Strafjustiz;
- > Verwaltungsvereinbarung Polizeikooperation;
- > Restrukturierung des Asylbereichs;
- > Rückkehr und Wegweisungsvollzug im Asylbereich.

4.1.2 Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF)

Die Konferenz tagte 2017 einmal. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

- > Schaffung eines interkantonalen Konkordates für eine Erdbebenversicherung;
- > Einrichtung einer Nationalen Plattform ABC-Schutz (atomar-biologisch-chemisch);
- > Einführung eines obligatorischen Orientierungstages zum Militärdienst für Schweizerinnen.

4.1.3 Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD)

Die Konferenz tagte 2017 zweimal. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

- > Umsetzung eines ROS-Prozesses (risikoorientierter Straf- und Massnahmenvollzug) in der lateinischen Schweiz;
- > Einweisung von jungen Erwachsenen gemäss Artikel 61 des Strafgesetzbuchs;
- > Umsetzung des Konkordats über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Westschweiz;
- > Umsetzung der gerichtlichen Landesverweisung;
- > Umsetzung des neuen Sanktionenrechts.

5 Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

5.1 Interkantonale Zusammenarbeit

5.1.1 Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)

Diese Konferenz hat 2017 dreimal getagt. Die Schwerpunktthemen waren die Agrarpolitik 22+, die Revision des Raumplanungsgesetzes und die Zukunft der AGRIDEA.

Die LDK hat eine Arbeitsgruppe beauftragt, zuhanden des Bundesrates ein Konzeptpapier zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP22+) zu erarbeiten. Die Direktorin der ILFD, die auch im Vorstand der LDK Einsitz nimmt, hat in der Arbeitsgruppe mitgearbeitet. In diesem Zusammenhang fanden auch zwei Treffen mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann statt.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG2 – Bauen ausserhalb der Bauzone) hat naturgemäss starke Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Sie wurde von der LDK sehr kritisch beurteilt.

Die LDK hat sich auch stark engagiert in der Definition der zukünftigen Strategie von AGRIDEA. Dieser Prozess wird 2018 abgeschlossen.

5.1.2 Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL)

Die Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL) hat 2017 zweimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > Programmvereinbarungen im Umweltbereich: Zusammenschluss der vier Programmvereinbarungen «Schutzwald», «Schutzbauten» «Waldbiodiversität» und «Waldwirtschaft» zu einer einzigen Programmvereinbarung «Wald»;
- > Revision des Jagdgesetzes (JSG);
- > Aktionsplan Biodiversität.

5.1.3 Tripartite Konferenz

Die Tripartite Konferenz (TK) wurde mit der Absicht gegründet, die Zusammenarbeit zwischen dem Bund, den Kantonen und den Städten und Gemeinden zu verstärken, namentlich in Bezug auf die Entwicklung und Koordination in den Agglomerationen. Seit 2017 zielt die TK auch auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen städtischen und ländlichen Räumen ab.

Die Direktorin der ILFD ist Mitglied der kantonalen Delegation in der TK. Die TK ist 2017 zweimal zusammengetreten und hat namentlich die folgenden Punkte behandelt:

- > Fünfjahresbericht Raumkonzept Schweiz;
- > Agglomerationspolitik 2016+.

6 Volkswirtschaftsdirektion

6.1 Interkantonale Zusammenarbeit

6.1.1 Konferenz kantonomer Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)

Im Jahr 2017 traf sich die VDK zu einer Plenarsitzungen und die Arbeitsgruppe zu zwei Sitzungen.

Die beiden Instanzen behandelten insbesondere:

- > die Steuervorlage 17;
- > die Kontingente für Erwerbstätige aus Drittstaaten für 2017;
- > die Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft.

6.1.2 Konferenz kantonomer Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)

Die VDK-Westschweiz traf sich 2017 zweimal und behandelte insbesondere:

- > das Engagement der Kantone für die Olympischen Winterspiele 2026;
- > die Frankenstärke und den Einkaufstourismus;
- > das Stabilisierungsprogramm und seine Auswirkungen auf die Mittel der neuen Regionalpolitik (NRP);
- > den Umsetzungsstand von Artikel 121a der Bundesverfassung.

6.1.3 Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)

Im Jahr 2017 traf sich die EnDK zu zwei Plenarsitzungen, an denen sie insbesondere Folgendes behandelte:

- > das Referendum gegen die Energiestrategie 2050;
- > die Lancierung des neuen Gebäudeprogramms;
- > die Jahresrechnung 2016 und das Budget 2018 der EnDK.

6.1.4 Regierungsausschuss der HES-SO

Im Jahr 2017 traf sich der Regierungsausschuss der HES-SO zu drei Arbeitssitzungen. An diesen Sitzungen behandelte er insbesondere die folgenden Punkte:

- > Finanzierung der aF&E für den Zeitraum 2017-2020;
- > Grundbeiträge des Bundes: Rechnungsgrundsätze und Schaffung eines Ausgleichsfonds;
- > Genehmigung der Jahresrechnung 2016 und Annahme des Budgets 2018

6.2 Greater Geneva Berne area (GGBa)

Die Marktverantwortlichen der WIF haben mit der Greater Geneva Berne area (GGBa) Kontaktaufnahmen in Frankreich, Deutschland, den Vereinigten Staaten, China und Brasilien durchgeführt. Sie haben auch an Veranstaltungen und Seminaren von Switzerland Global Enterprise (S-GE) in der Schweiz und im Ausland teilgenommen.

Die Akquisitionstätigkeit im Ausland ermöglichte es der WIF, im Berichtsjahr rund fünfzig Unternehmen aus 16 Ländern zu Besuch im Kanton Freiburg zu empfangen. Rund dreissig dieser Unternehmensbesuche fanden auf Vermittlung der GGBa statt. Die wichtigsten Herkunftsländer dieser Unternehmen sind Frankreich, Deutschland, die Vereinigten Staaten, China und Russland.

Die Tätigkeit im Rahmen der GGBa trug 2017 dreissig Besuche von Unternehmen im Kanton Freiburg ein. Dadurch kamen vier Niederlassungen zustande, die mittelfristig rund dreissig Arbeitsplätze schaffen sollten.

6.3 Neue Regionalpolitik

Die neue Regionalpolitik (NRP) strebt ein auf Innovation und Produktivität beruhendes Wachstum an. Sie zielt auf eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Regionen sowie auf die Schaffung und Wahrung von Arbeitsplätzen ab. Zu diesem Zweck fördert sie das Unternehmertum mittels Wissenstransfer, Entwicklung der Zusammenarbeit von Unternehmen sowie Erhaltung und Realisierung von Infrastrukturen, die einen Mehrwert schaffen. Dem Tourismus wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da er von wirtschaftlicher Bedeutung ist und die Branche vor wachsenden Herausforderungen steht.

Zwei internationale Projekte mit Freiburger Unternehmen haben eine NRP-Finanzhilfe erhalten: AlpLinkBioEco (Geschäftsmöglichkeiten in Verbindung mit neuen Wertschöpfungsketten im Bereich der Biowirtschaft) und Sylvo (Nutzung von Holzabfällen und Nebenprodukten der Holzindustrie für die Wasserreinigung und -aufbereitung).

7 Direktion für Gesundheit und Soziales

7.1 Interkantonale Zusammenarbeit (auf Ebene der Direktion)

7.1.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Die GDK hat im Einvernehmen mit dem Bund weiter an der nationalen Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (NCD 2017–2024) gearbeitet. Sie hat ihre Mitglieder aufgefordert, die Prävention in diesem Bereich, der 80 % der Gesundheitskosten ausmacht, auszubauen. Die Nationale Strategie gegen Krebs wurde ihrerseits um drei Jahre verlängert. Im Rahmen des Dialogs Nationale Gesundheitspolitik hat die GDK den Rahmenvertrag von eHealth

Suisse verabschiedet, der eine Begleitung der Einführung des elektronischen Patientendossiers ermöglicht. Weil die Eindämmung der Gesundheitskosten ein stetiges Anliegen der GDK ist, hat sie sich für eine Revision des Ärztetarifs Tarmed ausgesprochen. Ebenso hat sie sich für den Grundsatz «ambulant vor stationär» ausgesprochen und fordert zu einer einheitlichen bundesrechtlichen Definition der Leistungen, die medizinisch sinnvollerweise ambulant erbracht werden, auf. Schliesslich hat die GDK den Mangel an Organspenderinnen und Organspendern in der Schweiz bedauert und die nationalen Transplantationsnetzwerke beauftragt, die Gründe für die tiefe Spenderate zu ermitteln.

7.1.2 Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)

Die SODK, welcher die Direktorin für Gesundheit und Soziales als Vizepräsidentin vorsteht, hat einen neuen Präsidenten: den St. Galler Regierungsrat Martin Klöti. Im Asylbereich war die SODK sehr aktiv, namentlich was die Umsetzung einer Betreuung und einer ausreichenden Ausbildung für unbegleitete Minderjährige und Jugendliche anbelangt. Im Hinblick darauf hat sich die SODK beim Bund dafür eingesetzt, dass dieser den für jede/n betroffene/n Asylsuchende/n entrichteten Pauschalbetrag wesentlich erhöht.

Die SODK hat die Gemeinsame Erklärung der Teilnehmenden an der Nationalen Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung unterstützt und dabei auf die Bedeutung des zweiten Arbeitsmarktes (geschützte Werkstätten) hingewiesen. Gemeinsam mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und der GDK hat die SODK die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich der Frühen Förderung lanciert, ein Mittel zur Chancengerechtigkeit der Kinder im Alter von 0 bis 4 Jahren, das die entsprechenden erzieherischen, sprachlichen und psychologischen Grundlagen festlegt.

7.1.3 Conférence Latine des Affaires Sanitaires et Sociales (CLASS)

Die CLASS ist im Berichtsjahr fünf Mal zu einer Sitzung zusammengekommen. Sie hat mehrere Dossiers zur obligatorischen Krankenpflegeversicherung behandelt. Besonders beschäftigt haben sie die Spitalplanung und die ausserkantonalen Spitalaufenthalte. Die CLASS hat die Ergebnisse einer Studie über den Patientenfluss und die Hospitalisierungsrate in den Kantonen der Romandie veröffentlicht; mit dieser Studie wollte man die Raten entsprechend den Kantonen und den Einrichtungstypen vergleichen.

Im Sozialbereich hat sich die CLASS insbesondere mit den verschiedenen Facetten der Verschuldung befasst, namentlich bei jungen Erwachsenen, verursacht durch offene Beteiligungen wegen Nichtzahlens der Krankenkassenprämien durch ihre Eltern während ihrer Minderjährigkeit. Die CLASS und ihre Gruppierungen haben sich ausserdem weiter mit den Themen Gesundheitsförderung und Prävention, Sozialhilfe und Einrichtungen für Personen mit Behinderung auseinandergesetzt.

8 Finanzdirektion

8.1 Interkantonale Zusammenarbeit

8.1.1 Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren

Finanzdirektor Georges Godel ist seit 2017 im Vorstand der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK), die vom jurassischen Finanzdirektor Charles Juillard präsiert wird. Die FDK hielt im Jahr 2017 fünf Plenarversammlungen ab, und zwar am 27. Januar, am 24. Februar, am 1. und 2. Juni, am 29. September und am 24. November.

Die jährliche Generalversammlung fand an der Sitzung vom 1./2. Juni im Kanton Bern statt. Die FDK ist der Zusammenschluss aller kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements EFD, Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenössischen Finanzverwaltung und der Eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Finanz- und Steuerverwaltungen eingeladen.

Haupttraktanden waren:

- > Unternehmenssteuerreform III und Steuervorlage 17;
- > steuerliche Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten;
- > Besteuerung nach dem Aufwand;
- > automatischer Austausch von Steuerdaten;
- > Anpassung der harmonisierten Rechnungslegungsmodells HRM2;
- > Prüfung der Berichte und der Jahresrechnung der FDK und ihrer Organe (namentlich Vorstand, Koordinations- und Beratungsstelle für Fragen der Steuerpolitik, Schweizerische Informatikkonferenz, Schweizerische Steuerkonferenz, Arbeitsgruppe Finanzausgleich, Revisionsstelle).

8.1.2 Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz

Diese Konferenz ist der Zusammenschluss der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der sechs Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin. Sie wird von Finanzdirektor Georges Godel präsiert. Die Konferenz tagte im Jahr 2017 dreimal, nämlich am 24. April im Wallis, am 31. August in Freiburg und am 2. November im Kanton Jura. Zu ihren Sitzungen sind in der Regel Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Finanzverwaltungen sowie der Eidgenössischen Finanzverwaltung eingeladen.

Haupttraktanden waren:

- > Unternehmenssteuerreform III und Steuervorlage 17;
- > Finanzausgleich;
- > Voranschlag 2018 des Bundes mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021;
- > Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

8.1.3 Conférence romande de la loterie et des jeux

Mit der Konvention zwischen den sechs Westschweizer Kantonen über die Loterie Romande wurde die Conférence romande de la loterie et des jeux (CRLJ), die Westschweizer Konferenz der Lotterie und der Spiele eingesetzt. Sie hat die Aufgabe, die Koordination von Gesetzgebung und Verwaltungspolitik bezüglich Lotterien und Geldspiele im Rahmen der den Kantonen vom Bundesrecht und der interkantonalen Vereinbarung zugestandenen Befugnisse zu fördern.

2017 tagte die von Finanzdirektor Georges Godel präsierte Konferenz zweimal, und zwar am 5. Mai in Lausanne und am 20. November im Haus der Kantone in Bern. Haupttraktanden waren:

- > Stand und anstehende Etappen beim neuen Geldspielgesetz;
- > kantonales Ausführungsgesetz zum Geldspielgesetz;
- > interkantonale und Westschweizer Geldspielkonkordate;
- > voraussichtliche Ergebnisse der Loterie Romande für 2017 und Gewinnverteilung;
- > Gerichtsverfahren in Zusammenhang mit Tactilo und Euro Lotto.

8.1.4 Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz

Diese Fachdirektorenkonferenz, in der der Finanzdirektor und der Sicherheits- und Justizdirektor den Kanton Freiburg vertreten, hielt im Berichtsjahr zwei Sitzungen ab, und zwar am 12. Juni und am 20. November. Thematisiert wurden insbesondere das Geldspielgesetz, die Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten, die Revision regionaler Vereinbarungen und die Verwendung der Spielsuchtabgabe.

8.2 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen

2017 befasste sich die Finanzverwaltung im Rahmen des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen mit folgenden Aufgaben:

- > Kontrolle der Daten und Analyse der finanziellen Auswirkungen des Ausgleichssystems (in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung): Prüfung der von der BAK Basel Economics erstellten Mehrjahresprognosen; Überprüfung der vom Bund unterbreiteten Zahlen 2018, Schätzung der Auswirkungen auf die

-
- Ressourcenausgleichszahlungen der Gewinne gewisser Gesellschaften, denen Steuererleichterungen gewährt wurden oder die um solche ersuchen;
- > Interventionen auf eidgenössischer und kantonaler Ebene bezüglich Finanzausgleichssystem: Vorbereiten der Antwort des Staatsrats auf die Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2018; Information der Freiburger National- und Ständeräte über die möglichen Auswirkungen des Berichts der politischen Arbeitsgruppe KdK «Optimierung des Finanzausgleichs Bund - Kantone»; diverse Kontakte mit anderen ressourcenschwachen Kantonen zu diesem Bericht und koordinierte Interventionen auf Ebene FDK und KdK sowie beim EFD;
 - > Überprüfung der Aufgabenteilung: Vorbereiten der Antworten des Staatsrats und der FIND auf diverse Vernehmlassungen und Fragebogen der KdK und der EFV zur Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen; Informationsübermittlung und Konsolidierung der Stellungnahmen innerhalb der Kantonsverwaltung;
 - > Koordinationsarbeiten in Zusammenhang mit den Programmvereinbarungen im Umweltbereich: Zusammenstellung der Jahresberichte 2016 und Übermittlung ans Bundesamt für Umwelt; Austausch mit den betroffenen kantonalen Direktionen und Verwaltungseinheiten;
 - > Pflege administrativer Kontakte mit der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren, der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz, dem Eidgenössischen Finanzdepartement sowie den Finanzverwaltungen anderer Kantone und Antworten auf verschiedene Fragen zur NFA und zu ihrer Umsetzung.

9 Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

9.1 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Direktor oder eine Stellvertretung nimmt an den folgenden Konferenzen und Vereinigungen teil:

9.1.1 Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)

Bei ihren beiden Generalversammlungen hat die Konferenz Fragen im Zusammenhang mit der 2. Etappe der Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (LAT2), dem Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF), die Planung von Logistikstandorten, die Interessenabwägung in der Raumplanung, das Projekt Cargo sous terrain, das Projekt Aurora (öffentliches Beschaffungswesen) sowie das Building Information Modelling (BIM) diskutiert.

9.1.2 Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)

Thema der jährlichen Versammlung waren namentlich die Reform des regionalen Personenverkehrs (RPV), der Ausbauschnitt 2030/2035 des strategischen Entwicklungsprogramms Bahninfrastruktur (STEP 2030/35) sowie die Systemführerschaften im Bereich des Verkehrs.

9.1.3 Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO)

Die Konferenz kam zweimal zusammen und diskutierte insbesondere die Planung von STEP 2030/35 sowie die Reform des RPV.

9.1.4 Westschweizer Baudirektorenkonferenz (CRTP)

Das jährliche Treffen fand heuer in Freiburg statt. Die Generalversammlung, an der 45 Personen teilnahmen, wurde in der Berufsfachschule abgehalten. Im Anschluss daran besuchten die Mitglieder der CRTP das Adolphe Merkle Institut und am Tag danach die Baustelle des Wartungs- und Betriebszentrums der TPF sowie das Plexus-Gebäude von Groupe E.

9.1.5 Westschweizer Konferenz für das öffentliche Beschaffungswesen (CROMP)

Die Konferenz kam fünfmal zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Revision des Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge.

9.1.6 Fachkonferenz öffentliches Beschaffungswesen (FöB)

Die Konferenz tagte dreimal. Hauptthema war die parallel stattfindende Revision der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) und des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB).

9.1.7 Vorstand von simap.ch (Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz)

Die Direktion, die den Kanton Freiburg im Verein für ein Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz (simap.ch) vertritt, trat im Laufe des Jahres in den Vorstand ein und beteiligte sich an drei Sitzungen, die vor allem die neue Version von simap.ch, die in Ausarbeitung ist, zum Gegenstand hatten.

10 Staatskanzlei

10.1 Staatsschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone

Die Staatskanzlerin nahm an zwei jährlichen Sitzungen der Staatsschreiberkonferenz teil. Die Herbstsitzung fand in Murten statt. 2017 wurden hauptsächlich folgende Themen behandelt:

- > die politische Planung;
- > die konkrete Umsetzung der Absichtserklärung zum E-Voting und die Wahl von fünf Vertretern der Staatsschreiberkonferenz (SSK) in die Projektoberleitung;
- > die Lösung Lexfind ab 2017;
- > die Charta für Lohnleichheit im öffentlichen Sektor.

10.2 Aussenbeziehungen

Der Sektor Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat, damit eine Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und seiner Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, den Regierungskonferenzen (KdK, WRK), dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union, gewährleistet ist. Die vom Sektor begleiteten Dossiers werden im vorliegenden Tätigkeitsbericht in Kapitel „2 – Regierung“ vorgestellt. Im Folgenden werden nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt. Die Vorbereitung der Dossiers, die intra- und interkantonale Koordination und das Mitverfolgen der eidgenössischen, interkantonalen und internationalen Geschäfte bilden die Haupttätigkeit des Sektors.

10.2.1 Hauptstadtregion Schweiz (HRS)

Der Sektor Aussenbeziehungen koordiniert die Durchführung des Projekts Hauptstadtregion Schweiz (HRS) beim Staat Freiburg.

Nach sechsjähriger Arbeit seit der Lancierung der HRS befindet sich dieses Projekt in der Konsolidierungsphase. Das Hauptthema 2017 – «Cluster Food&Nutrition» – stand im Vordergrund: Das gilt nicht nur für das Forum 2017 der HRS in Bern, sondern auch für drei Plattformen, die es den Hauptakteuren des Lebensmittelbereichs erlaubten, sich in regelmässigen Abständen zu treffen und auszutauschen, um auf nationaler und internationaler Ebene ein zukunftsträchtiges Netzwerk zu schaffen und besondere Projekte zu entwickeln.

2017 wurden mit der Mitwirkung des Staates Freiburg und teilweise auch weiterer Freiburger Partner, die Mitglieder der Hauptstadtregion sind (Regionen See, Broye, Sense, Agglo Freiburg und Städte Murten und Estavayer-le-Lac), folgende Projekte eröffnet oder weitergeführt:

- > Das Projekt «Netz von Infrastrukturen – hin zu einer Smart-Capital-Region». Schlüsselprojekte, die für die thematischen Prioritäten festgelegt werden (z. B. Smart Mobility und Plusenergie-Quartiere), wurden unter der Leitung des Kantons Bern mit Unterstützung der HRS weitergeführt.
- > Das vorrangige Thema 2016 – «Gesundheitsstandort Hauptstadtregion Schweiz» – wurde vertieft: Nach dem Forum von Solothurn und den drei Plattformen geht die Arbeit Richtung Ausbildung des qualifizierten Personals der Bio-, Medtech- und Pharmaunternehmen. Auch wurden alle Unternehmen, die im Gesundheitsbereich arbeiten erfasst.
- > Bei der Zweisprachigkeit entwickelte und unterstützte die HRS Projekte von Gemeindepartnerschaften für den sprachlichen Austausch unter Schülerinnen und Schülern, den sprachlichen Austausch von Lernenden und die Veranstaltung eines Tags der Zweisprachigkeit in mehreren Kantonen.
- > Die Vertretung der Interessen der HRS auf Bundesebene ist eine Querschnittaufgabe, die 2017 entwickelt wurde und die konkret im Lobbying für vordringliche Geschäfte zum Ausdruck kam.

10.2.2 Europäische Integration und internationale Beziehungen

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen I und II auf Kantonsebene und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. Die Europapolitik der Schweiz wurde im Jahr 2017 durch die Umsetzung der Initiative «Gegen die Masseneinwanderung» gekennzeichnet. Ende 2016 haben sich die Eidgenössischen Kammern auf ein Ausführungsgesetz, das mit dem Abkommen über den freien Personenverkehr mit der Europäischen Union (FZA) vereinbar ist, geeinigt. Im Juni 2017 gab der Bundesrat die nötigen Verordnungsänderungen zur Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 121a BV in die Vernehmlassung. Die Kantone waren für eine etappenweise Einführung der Pflicht, freie Stellen zu melden, um so mehr, als zahlreiche Fragen zur Ausführung, namentlich die Finanzierung der Umsetzung, noch nicht geregelt wurden. Der Kanton wirkte im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren des Bundes und über die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) an diesem Verfahren mit. Der Bundesrat verabschiedet die neuen Verordnungen Anfang 2018 und legt zu diesem Zeitpunkt das Datum des Inkrafttretens fest. Die Umsetzung, die mit dem FZA vereinbar ist, hat das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU etwas beruhigt, hindert aber letztere nicht daran, Druck für einen baldigen Abschluss eines Rahmenabkommens zur Regelung der institutionellen Fragen aufzusetzen und von der Schweiz Konzessionen bei anderen offenen Dossiers (z. B. Abkommen über die Finanzdienstleistungen und Energieabkommen) zu verlangen.

Bei der Versammlung der Regionen Europas (VRE) stellte der Sicherheits- und Justizdirektor mit Unterstützung des Sektors Aussenbeziehungen die Vertretung des Kantons in der Schweizer Delegation, die an den verschiedenen Sitzungen dieser Versammlung anwesend war, sicher. Die Mitwirkung des Kantons an gewissen Projekten der VRE, namentlich beim Programm Eurodyssée, das zum Austausch von mehreren jungen Berufsleuten zwischen dem Kanton Freiburg und den europäischen Regionen führte, wurde ebenfalls fortgesetzt. Schliesslich verbindet eine Zusammenarbeitsvereinbarung im Bereich Wirtschaft und Innovation seit dem 1. Januar 2014 die französische Region Grand-Est (zu der das Elsass gehört) mit dem Kanton Freiburg.

A1 Tätigkeitsfelder/Aufgaben – Sektor Aussenbeziehungen, Staatskanzlei – 2017

A1.1 Beziehungen zu Bundesbern

- > Organisieren der Kontakte und des Austauschs zwischen dem Staatsrat und den freiburgischen Vertretern in den eidgenössischen Räten
- > Organisieren der Kontakte und des Austauschs zwischen dem Staatsrat und dem Bundesrat
- > Organisieren der Kontakte, mitunter das jährliche Treffen, zwischen dem Staatsrat und hohen Beamten der Bundesverwaltung
- > Verfolgen der prioritären transversalen Geschäfte, die auf Bundesebene erarbeitet werden, und nötigenfalls eingreifen. Dies geschieht jeweils auf Anfrage der betroffenen Direktionen (Geschäfte, die dem Bundesparlament unterbreitet werden)
- > Koordinieren auf Kantonsebene der Vernehmlassungsverfahren des Bundes und von Konsultationen anderer externer Instanzen (KdK, Bundesparlament)

A1.2 Regierungszusammenarbeit und interkantonale Zusammenarbeit

- > Koordinieren der Beziehungen zwischen dem Staatsrat und der kantonalen Verwaltung mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) sowie der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)
- > Koordinieren der inhaltlichen Vorbereitungen für die Treffen des Staatsrats mit den Regierungen der Nachbarkantone (NE, VD, BE) und weiterer Kantone
- > Die Teilnahme des Kantons Freiburg in der Hauptstadtregion Schweiz koordinieren (HSR)
- > Vorbereiten und koordinieren des Dossiers « ch Stiftung – Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit » für die Staatskanzlerin, die Mitglied des leitenden Ausschusses dieser Stiftung ist
- > Führen des Sekretariats der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz (CLDF)

A1.3 International – Europäische Union

- > Koordinieren der Umsetzung der bilateralen Abkommen und des Dossiers der europäischen Integration im Kanton Freiburg sowie evaluieren ihrer Auswirkungen auf Kantonsebene.
- > Organisieren, im Auftrag des Vorstehers der SJD, der Vertretung des Kantons Freiburg in der Versammlung der Regionen Europas (VRE)
- > Mitwirken am Empfang von ausländischen Delegationen und Botschaftern/Konsulen
- > Sicherstellen der Umsetzung des Abkommens über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Innovation mit der Region Grand-Est (darunter das Elsass)
- > Gemeinsam mit der Volkswirtschaftsdirektion zur Teilnahme des Kantons Freiburg am Programm Interreg V beitragen

A1.4 Besondere Aufgaben

- > Verbindung zur Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Grossen Rates
- > Begleitung und Weiterbildung der Direktionen bezüglich der aussenbeziehungsbezogenen Thematiken